

# perspektiven 6

Rundbrief der LOBBI / Winter 2009 - 2010

Opferrechtsreform Siedeln mit historischem Bewusstsein Angriff bleibt straffrei  
Letzte Konsequenz – Rechte Tötungsdelikte Urteile nach Attacke auf Polizei



**LOBBI**

Landesweite Opferberatung  
Beistand und Information  
für Betroffene rechter Gewalt  
in Mecklenburg-Vorpommern

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

hin und wieder bekommt die LOBBI Anfragen in der Art: Kann ich mit einer multikulturellen Jugendgruppe an der Ostsee die Ferien verbringen? Oder: Ich möchte in den Ort XY ziehen. Ist meine aus Asien stammende Frau dort sicher? Oder wie die jüngste Anfrage im Dezember: Ich habe ein afrikanisches Kind. Kann ich auf der Insel ein Ferienhaus erwerben oder werden wir dort angepöbelt?

Was würden Sie antworten? Zu sagen „Da passiert schon nix. Schönen Urlaub!“ wäre fahrlässig. Denn es gab und gibt in Mecklenburg-Vorpommern rassistisch motivierte verbale und körperliche Attacken. Andererseits möchten wir diesen Menschen weder die zweifellos schönen Erholungsmöglichkeiten vorenthalten. Noch wollen wir unfreiwillig daran mitwirken, dass das Bild der „weißen Strände“ sich nicht nur auf den Sand, sondern auf die Hautfarbe der Gäste bezieht.

Wir nehmen die Befürchtungen der Fragenden ernst und geben ihnen eine möglichst objektive Beschreibung der Lage vor Ort. Wir haben den Eindruck, dass dies bislang glücklicherweise nicht dazu geführt hat, dass die Betroffenen ihre Pläne aufgegeben haben.

Die Anfragen machen deutlich, dass rechte Gewalt und der Umgang damit über die direkt Angegriffenen hinaus Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl von ganzen Gruppen hat. Sind es 100 Menschen, die aus diesen Gründen nicht nach M-V kommen? Sind es 1000? Oder mehr? Und das ist nicht (nur) eine Frage für die Tourismusindustrie!

## Überfall bleibt ohne juristische Konsequenzen

Für den 14. März dieses Jahres hatte die Gruppe VIVA LA UTOPIA in Güstrow eine Demonstration unter dem Motto „Für eine bunte, aufgeschlossene und demokratische Gesellschaft – Gegen Nazis“ organisiert. Die Jugendlichen wollten damit ein klares Zeichen gegen zunehmende rechte Aktivitäten in der Stadt setzen. Die rechte Szene mobilisierte ebenfalls und so trafen sich etwa 70 bis 80 Personen, um die Demonstration zu stören. Einige von ihnen waren im Stadtgebiet unterwegs, als sie auf eine junge Frau trafen, die mit ihrem Bruder auf dem Weg zur Demonstration war. Sie jagten die beiden, holten die junge Frau ein, zerrten sie in den Vorraum einer Bank und traten dort auf sie ein.

Die Betroffene erkannte einen Beteiligten, gegen den am 29. Oktober am Amtsgericht Güstrow ein Prozess stattfand. Allerdings hatte sie nicht beobachtet, dass der Beschuldigte auf sie eingetreten hatte. Da ihm während der Verhandlung auch kein gemeinsamer Tatvorsatz mit den anderen, unbekannt gebliebenen Angreifern nachgewiesen werden konnte, wurde er frei gesprochen. ■

## Rechter Schläger aus Gadebusch verurteilt

Eine Gruppe von etwa 50 Rechten hatte während des Gadebuscher Münzfestes am 06. Juli 2008 alternative Jugendliche beschimpft, bedroht und immer wieder attackiert. Die Ausschreitungen dauerten mehrere Stunden an, auch weil die anwesende Polizei lange Zeit nicht wirksam eingriff. Dabei wurden mindestens fünf Personen teilweise erheblich verletzt. Einer der Angreifer, ein einschlägig vorbestrafter 21-Jähriger aus Gadebusch, musste sich am 22. Oktober diesen Jahres wegen der Angriffe vor dem Wismarer Amtsgericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft warf ihm Körperverletzung in vier Fällen, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Nötigung vor und forderte schließlich eine Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne Bewährung. Während der Staatsanwalt davon überzeugt war, dass der Angeklagte eine „offensive rechte Gesinnung“ habe, entpolitisierte der vorsitzende Richter die Taten. Er verurteilte den Rechten zu einer zweijährigen Jugendstrafe, die er allerdings zur Bewährung aussetzte. Im Januar beginnt ein weiterer Prozess gegen einen der ermittelten Schläger. ■

## Bewährungsstrafen nach Angriff auf Polizei

In einem Löcknitz Garagenkomplex hatten sich am 20. April vergangenen Jahres über 20 Rechte versammelt, um dort den Geburtstag Adolf Hitlers zu feiern. Zwei Polizisten fuhren an diesem Abend routinemäßig Streife, als sie von mehreren Personen in ihrem Wagen angegriffen und geschlagen wurden. Erst durch den Einsatz von Pfefferspray konnten sich die beiden aus der Situation befreien.

Für diese Tat hatten sich am 10. September vier Angeklagte vor dem Pasewalker Amtsgericht zu verantworten. Zwei der Angeklagten wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die beiden anderen wurden wegen gefährlicher Körperverletzung und versuchter Nötigung zu einem Jahr und acht Monaten beziehungsweise einem Jahr und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Strafen wurde zur Bewährung auf drei Jahre ausgesetzt. Außerdem haben die Angeklagten die Kosten des Verfahrens zu tragen und jeweils 200 Stunden gemeinnützige Arbeit zu leisten. Verteidiger wie Staatsanwaltschaft haben gegen das Urteil bereits Berufung eingelegt. ■

Impressum:

PERSPEKTIVEN / Dezember 2009  
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2  
17033 Neubrandenburg / 0395.455 07 18  
mail@lobbi-mv.de / V.i.s.d.P.: Kay Bolick  
Titelfoto: LOBBI / November 2009

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per Mail erhalten wollen.

## Mehr Opferrechte

**Mit dem 01. Oktober 2009 ist das 2. Opferrechtsreformgesetz in Kraft getreten. Politik und Opferverbände loben die neuen Regelungen, die Geschädigten mehr Rechte zur Teilhabe am Strafverfahren einräumen. LOBBI befragte dazu die Rechtsanwältin Verina Speckin aus Rostock.**

### Welche Neuregelungen halten Sie gerade für Betroffene rechter Gewalt für relevant?

Die Verfahrens- und Informationsrechte von Verletzten im Strafverfahren sind gestärkt worden. Eine Hinweispflicht wurde eingeführt, nach der Verletzte frühzeitig und regelmäßig auf ihre Rechte hinzuweisen sind. Zeugen und Verletzte haben jetzt das Recht, schon ab Stellen der Strafanzeige und in jedem Stadium des Verfahrens zu Vernehmungen mit anwaltlichem Beistand zu erscheinen. Der Kanzleisitz des Rechtsbeistandes muß nicht mehr im zuständigen Gerichtsbezirk liegen. Nebenkläger sind nun ausdrücklich befugt, an der gesamten Hauptverhandlung teilzunehmen und nicht, wie früher, erst ab dem Zeitpunkt ihrer Zeugenvernehmung. Bei begründetem Anlass zur Besorgnis, dass auf den Zeugen „in unlauterer Weise eingewirkt werden“ könnte, ist es diesem möglich, statt seinem Wohnort eine andere ladungsfähige Adresse anzugeben. Im Regierungsentwurf wurde dies explizit mit der generellen Gefährdungslage bei rechtsextremen Straftaten begründet.

### Ändert sich mit dem Gesetz die Situation von jugendlichen Betroffenen?

Bislang hatten lediglich Personen unter 16 Jahren erleichterte Möglichkeiten, einen Rechtsanwalt als Beistand bestellt zu bekommen. Die Altersgrenze ist jetzt auf 18 erhöht worden. Ein Beistand kann auch bei Vergehensvorwürfen bestellt werden. Einfache und gefährliche Körperverletzungsdelikte sind von diesem Straftatenkatalog unverständlicherweise ausgenommen (§§ 223; 224 StGB). In den meisten mir bekannten Verfahren wegen rechter Gewalt geht es jedoch genau darum.

### Gibt es Veränderungen bei der Zulassung bzw. Finanzierung von Nebenklagen?

Der § 397a StPO regelt, wann ein Anspruch auf Bestellung eines Rechtsbeistandes besteht oder in welchen Fällen Prozesskostenhilfe bewilligt werden kann. Dies ist im Wortlaut und im Aufbau klarer gefasst worden.

Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe setzt nach wie vor voraus, dass der Betroffene seine Interessen selbst nicht ausreichend wahrnehmen kann oder ihm dies nicht zuzumuten ist. Die Voraussetzung „Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage“ wurde dagegen gestrichen.

### Welche Defizite und Probleme sehen Sie?

Aus der Opferperspektive betrachtet fehlt ganz klar der kostenlose Beistand für minderjährige Betroffene von Körperverletzungen und eine ausdrückliche Klarstellung über den Verzicht der Anschriftenangabe in der Hauptverhandlung.

Andererseits haben sich mit der Einführung der Nebenklage in das Strafprozessrecht die prozessualen Rollen der Beteiligten verschoben. Der geschädigte Zeuge kann über seine Rolle als „Beweismittel“ hinauswachsen, zur Prozesspartei werden und auf das Verfahren Einfluss nehmen. Dies birgt allerdings auch die Gefahr, dass er seine Angaben zum Tatgeschehen dem Akteninhalt anpasst. Den Gerichten könnte es dann schwerer fallen, die Wahrheit zu erforschen, da sie nicht mehr zwischen echten Erinnerungen an das Geschehen und Wahrnehmungen, die nachträglich hinzukamen, trennen können. Die Verteidigung wird dieses Argument aufgreifen und versuchen, die Angaben des geschädigten Zeugen im Prozess zu demontieren.

Vielen Dank für das Gespräch! ■

Teterow / 12. September 2009

Zwei alternative Jugendliche treffen auf verummte Rechte, die sich offensichtlich beim Verkleben von Propagandamaterial gestört fühlen. Einer von ihnen greift die beiden Jugendlichen an. Er schlägt einem der beiden so heftig ins Gesicht, dass dieser sich ambulant im Krankenhaus behandeln lassen muss. Er war bereits im Mai von Rechten attackiert worden und mußte damals wegen seiner Verletzungen stationär behandelt werden.

Grevesmühlen / 24. September 2009

Ein 56-Jähriger will im Amt Grevesmühlen-Land NPD-Werbung unkenntlich machen, da er die alleinige Präsenz von rechter Wahlpropaganda im Dorf nicht hinnehmen will. Plötzlich wird er von einem Rechten attackiert, der ihn zu Boden bringt und ihn anschließend so heftig würgt, dass er fürchtet zu ersticken. Dabei droht der Angreifer ihm unentwegt, dass er ihn umbringen werde. Erst nach dem Eingreifen von Anwohnern lässt er von ihm ab. Der Betroffene trägt einen Bruch des Sprunggelenks und Prellungen davon.

Gnoien / 16. Oktober 2009

Im Familienzentrum KULTURBÖRSE, das auch für alternative Kulturschaffende ein Anlaufpunkt ist, wird erneut eine Schaufensterscheibe eingeschlagen. Die KULTURBÖRSE war bereits im Juni nach einem Straßenfest Ziel eines ähnlichen Angriffs. MitarbeiterInnen und BesucherInnen gehen von einer rechten Tatmotivation aus.

Waren / 23. Oktober 2009

Fünf offensichtlich Rechte bedrohen mehrere TeilnehmerInnen eines deutsch-israelischen Jugendaustausches mit einem Schlagstock und einem Messer und verfolgen diese. Erst als sich die Gruppe in einen Supermarkt flüchtet, lassen die Verfolger von ihnen ab.

## Die letzte Konsequenz

Greifswald / 01. November 2009

In der Nacht bewerfen mehrere Personen das internationale Kultur- und Wohnprojekt IKUWO mit Gegenständen, darunter einer Bierflasche. BeobachterInnen berichten, dass einer der Angreifer kurze Zeit später den so genannten „Hitlergruß“ zeigt und ein anderer beim Eintreffen der Polizei einen Schlagring fallen lässt. Augenzeugen zufolge betreten die Angreifer anschließend das Haus der Burschenschaft MARKOMANNIA.

Waren / 05. November 2009

Die Scheiben der Eingangstür zu Räumen in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße, die auch die Partei Die Linke nutzt, werden eingeschlagen und die Schlösser durch Kleber unbrauchbar gemacht. Drei Wochen später ereignet sich eine ähnliche Attacke. Die Betroffenen gehen von rechten Tatmotiven aus, da sich die Sachbeschädigungen in eine Serie von Vorfällen einreihen, bei denen auch Neonazi-Propaganda an die Scheiben geklebt wurde.

Ribnitz / 08. November 2009

Zu einer Party im alternativen Jugendzentrum KiTa erscheinen zwei Männer in Kleidung der Marke Thor Steinar. Sie werden von einigen Aktiven des Clubs angesprochen und aufgefordert, das Gebäude zu verlassen, da rechte Bekleidung dort nicht akzeptiert wird. Daraufhin versucht einer der beiden eine junge Frau anzugreifen, kann jedoch daran gehindert werden. Während des Versuchs die beiden Rechten und einige Freunde von ihnen aus dem Club zu drängen, greifen diese immer wieder die Aktiven der KiTa an und verletzen zwei von ihnen. Außerdem zerstören sie mehrere Fensterscheiben.

**Es ist die extremste Manifestation eines Menschenbildes, das auf Ungleichwertigkeit basiert. Nicht nur diskriminieren, nicht nur vertreiben, nicht nur verletzen – vernichten wollten die Verantwortlichen für die tödlichen Angriffe auf MigrantInnen, Obdachlose oder linke Jugendliche. Wenn sie nicht vorsätzlich mordeten, war ihnen das Leben ihrer Opfer zumindest egal.**

**Uneins über das tatsächliche Ausmaß von rechtsmotivierten Tötungsdelikten sind sich Behörden auf der einen, nichtstaatliche Organisationen und JournalistInnen auf der anderen Seite. Auch über die Anzahl der Todesopfer in Mecklenburg-Vorpommern besteht Dissens.**

### Andauernde Diskussion mit Effekten

Der Gedenkstein für Eckhardt Rütz vor der belebten Greifswalder Mensa ist leicht zu übersehen. Zwischen Laub und Büschen liegt unauffällig die schlichte Bodenplatte nahe dem Ort, an dem drei Rechte auf den Obdachlosen einschlugen und eintraten. Der 42-Jährige starb an seinen schweren Kopfverletzungen. Am 25. November jährte sich sein Todestag zum neunten Mal. Die Täter wollten ihrem Opfer „eine Lektion erteilen“, weil es dem „deutschen Steuerzahler auf der Tasche liege“. Das Gericht stellte fest, dass sie sich wegen ihrer „nationalsozialistisch geprägten Gesinnung zum Herrn über Leben und Tod aufgespielt“ hätten.

Dieser Mord ist in der Antwort der Bundesregierung vom 07. Oktober 2009 auf eine Anfrage der Partei DIE LINKE zu rechtsmotivierten Tötungsdelikten aufgeführt. Das war nicht immer so. Die „Extremismusberichte“ der Jahre 2000 und 2001 des Innenministeriums der damaligen rot-roten Landesregierung erwähnten den Angriff nicht. Erst als 2001 der TAGESSPIEGEL und die FRANKFURTER RUNDSCHAU ihre Dokumentation der Todesopfer rechter Gewalt aktualisierten, wertete das hiesige Landeskriminalamt die Tat als rechtsmotiviert.

Das Beispiel Eckhardt Rütz illustriert die andauernde Diskussion über Qualität und Quantität tödlicher Gewalt von rechts, die durch Medien und NGOs immer wieder angeregt wird und zu Korrekturen auf Seiten der Behörden führt. Auch in der jüngsten Antwort der Bundesregierung werden vier Fälle aus den 1990er Jahren erstmals aufgeführt. Aktuell beinhaltet die staatliche Liste 46 Todesopfer seit 1990. Immer noch „viel zu niedrig“, kommentiert der TAGESSPIEGEL, der selbst von mindestens 99 Menschen ausgeht – andere Einschätzungen sprechen von über 140 Opfern.

### „Assis klatschen“

In Mecklenburg-Vorpommern wurden nach Angaben der Bundesregierung neben **Eckhardt Rütz** zwei weitere Menschen aus rechten Motiven umgebracht. Nur vier Monate vor dem Mord an der Greifswalder Mensa treten Ahlbecker Jugendliche den Obdachlosen **Norbert Plath** hinter der Kirche des Ostseebades zu Tode, weil er „asozialer Dreck“ sei. Bereits im März 1992 wird der 18-jährige Rumäne **Dragomir Christinel** in Saal (Nordvorpommern) bei einem Angriff auf das dortige Asylheim mit einem Baseballschläger erschlagen.

In anderen Dokumentationen werden allerdings weitere Tötungsdelikte in Mecklenburg-Vorpommern aufgeführt: So wird **Boris Morawek** im Juli 1996 in Wolgast (Ostvorpommern) von zwei rechten Skinheads durch Kopfritte umgebracht, weil er ein Mädchen missbraucht haben soll. In der Haft spielt der Haupttäter in einer gewaltverherrlichenden Rechtsrockband und fordert in einem Interview die „Todesstrafe für Kinderschänder“. Im April 1997 entführen vier Männer in Sassnitz auf Rügen den 50-jährigen **Horst Gens** und erschlagen ihn mit einem Stein. Sie wollten „Assis klatschen“. Im Juni 2000 wird der Greifswalder Obdachlose **Klaus Gerecke** in seiner Heimatstadt von einem 21-Jährigen umgebracht. Die Begleiterin des Täters hatte ihn aufgefordert:

„Da ist der Assi, klatsch ihn tot“ und trat ebenfalls zu. Im Juli 2000 wird der Obdachlose **Jürgen Seifert** in Wismar von fünf Rechten getötet, die Geld von ihm erpressen wollten. Zwei Mitglieder der rechten Szene aus Grimmen (Nordvorpommern) prügeln im März 2001 den alkoholkranken Frührentner **Fred Blanke** zu Tode. Auch sie wollten Geld von ihrem Opfer. Im April 2001 verprügeln vier Greifswalder den Algerier **Mohammed Belhadj**, weil er angeblich versprochene Drogen nicht auftreiben konnte. Um ihr Opfer an einer Anzeige wegen Körperverletzung zu hindern, wollen sie ihn umbringen. An einem See bei Jarmen legen sie den 31-Jährigen ab und werfen ihm einen Stein auf den Kopf. Auf der Rückfahrt bekommt ein Täter Gewissensbisse, ein anderer erwidert: „Mach dich doch nicht fertig. Ist doch nur ein scheiß Ausländer“. Der Asylbewerber ertrinkt später schwer verletzt und unterkühlt im flachen Wasser. Im Mai 2002 wird **Klaus Dieter Lehmann** in Neubrandenburg von zwei 17 und 20 Jahre alten Rechten durch Fußtritte an den Kopf getötet, nachdem er eine Beleidigung aussprach. Die Täter hatten den Abend mit dem 19-Jährigen verbracht und in seinem Zimmer Hip-Hop-Poster von den Wänden gerissen, da dies „Negermusik“ sei.

In allen Fällen wurden TäterInnen ermittelt und zu Haftstrafen verurteilt. Während sich einige der Verurteilten mittlerweile wieder auf freiem Fuß befinden dürften, muss beispielsweise der Haupttäter von Ahlbeck eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen.

### Aktive und kritische Erinnerungskultur

In den sieben genannten „inoffiziellen“ Fällen schlossen die Gerichte ein politisches Motiv aus. Diese Entscheidungen dennoch kritisch zu diskutieren ist legitim. Aus der Elternberatung nach den Morden bei Jarmen und in Neubrandenburg weiß die LOBBI, wie schwer es für die Eltern ist, zu viel Alkohol oder spontane Gewaltausbrüche als Ursache für den Tod ihres Kindes zu akzeptieren. Aber auch die Tatumstände und Täter bieten Anlass für offene Fragen. Setzten die Mörder von Wolgast nicht einfach die in der rechten Szene so präsente Forderung „Todesstrafe für Kinderschänder“ in die Tat um und handelten damit sehr wohl politisch motiviert? Zeugt die Formulierung „Assis klatschen“ der TäterInnen von Greifswald und Sassnitz nicht davon, dass sie ihre Opfer wegen „ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status“ aussuchten und entsprechen damit explizit der offiziellen Definition rechts motivierter Gewalt? Und ist es bei den anderen Fällen tatsächlich denkbar, dass es jeden anderen Menschen hätte treffen können, oder gingen die Täter bis zum letzten, weil es sich „nur“ um Ausländer oder sozial Schwache handelte?

In der Debatte über tödliche Gewalt von Rechts geht es nicht (nur) um Zahlen, sondern vielmehr um eine Wertschätzung des Lebens der Betroffenen. „Den Opfern einen Namen geben“ betiteln auch die FRANKFURTER RUNDSCHAU und der TAGESSPIEGEL ihre Chronologie. Unter dieses Motto kann auch die Ausstellung von Rebecca Forner gestellt werden, welche die LOBBI bereits in mehreren Städten des Landes zeigte. Sie porträtiert 136 Menschen, die seit 1990 umgebracht wurden, und regt damit auch zu Diskussionen über die Hintergründe an. Es geht in diesen Auseinandersetzungen um eine Erinnerungskultur, die das Greifswalder Bündnis SCHON VERGESSEN? als „aktives Gedenken“ bezeichnet. Das Bündnis ermöglichte das Aufstellen des Gedenksteins für Eckhardt Rütz und hält die Erinnerung an den Ermordeten wach. Damit will es auch auf das gesellschaftliche Klima hinweisen, in dem die Taten begangen wurden. Dass in Mecklenburg-Vorpommern „60.000 NPD-Wähler auf den Gräbern der zahlreichen Opfer rechter Gewalt“ umhertrampeln, wie das Bündnis in seinem Aufruf schreibt, mag eine übertriebene Metapher darstellen. Doch tatsächlich teilen die Täter ihre rassistischen und sozialdarwinistischen Einstellungen mit anderen Teilen der Bevölkerung. Dass die letzte Konsequenz dieser Einstellungen der gewaltsame Tod von Menschen sein kann – darauf muss immer wieder hingewiesen werden. ■

Wismar / 06. November 2009

In der Innenstadt werden drei jugendliche Punks von drei Rechten als „Scheiß Zecken“ beschimpft. Es bleibt zunächst bei einer verbalen Attacke. Doch wenig später werden sie angegriffen. Einer der Betroffenen kann sich wehren und wird nur leicht verletzt. Ein anderer wird jedoch von zwei Rechten attackiert und so heftig getreten, dass er sich einen Splitterbruch im Schienbein erleidet.

Dömitz / 14. November 2009

In der Kleinstadt wird ein Dönerimbiss mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert. Bereits im Sommer kam es in Dömitz verstärkt zu rechten Aktivitäten. So störten Rechte mehrere Stadtfeste und bedrohten Anwesende. Mit Beginn des Schuljahres im September zeigten sie vor dem örtlichen Schulzentrum massiv Präsenz, verteilten Propaganda und schüchelten nichtrechte SchülerInnen ein.

Schwerin / 15. November 2009

Auf dem Marienplatz bewegen sich drei Anhänger von DYNAMO SCHWERIN laut grölend auf zwei Migranten zu, rempeln sie an und provozieren so eine Auseinandersetzung. Dabei wird einer der drei verletzt. Die Polizei schließt eine rassistische Motivation der Dynamofans nicht aus. Anhänger des Vereins fielen in der Vergangenheit immer wieder wegen rechtsmotivierten Gewalttaten auf.

Wolgast / 16. November 2009

Zwei 17- und 20-jährige Jugendliche mit Migrationshintergrund werden in der Ostrowskistraße von einer Gruppe u.a. als „Scheiß Ausländer“ beschimpft und angegriffen. Dabei erleiden sie Verletzungen im Gesicht. Auch die zu Hilfe eilenden Eltern des 20-Jährigen werden von den Angreifern zu Boden gestoßen und geschlagen. Die Polizei schließt einen rassistischen Hintergrund nicht aus.

Volksverhetzung 1800 € „wert“

Vor dem Landgericht Stralsund fand am 22. September die Berufungsverhandlung gegen die Neonazis Robert Rupprecht und Nico Blödmann statt. Den beiden Aktivisten des FREUNDESKREIS AVANTI wurde vorgeworfen, auf einer Informationsveranstaltung des ANNE FRANK ZENTRUMS 2006 in Grimmen selbstproduzierte CD's mit volksverhetzendem Inhalt verteilt zu haben. So wurde etwa die Echtheit des Tagebuchs der Anne Frank in Frage gestellt. Die zwei Rechten aus Stralsund und Splietsdorf waren im April 2009 vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen worden. Dagegen hatte die zuständige Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Zur Begründung des Freispruchs äußerte der damals zuständige Amtsrichter Kopsch, dass eine Infragestellung der Echtheit des Tagebuchs erlaubt sein sollte und die CD eine intelligent geführte Diskussion zu diesem Thema beinhalte. Dies sah der nun zuständige Richter anders und bezeichnete die CD als einen Ausdruck unerhörter Missachtung. Begangene Handlungen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus würden verharmlost, gebilligt und geleugnet. Dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgend wurden die beiden Angeklagten zur Zahlung von 300 Euro beziehungsweise 1800 Euro verurteilt und müssen die Kosten des Verfahrens tragen. Robert Rupprecht kommentierte das Urteil beim Verlassen des Saals mit: „Das war es mir wert.“

Vielerorts „Heldengedenken“

Am 15. November, dem Volkstrauertag, zeigten auch die Neonazis im Land wieder Präsenz, die in klassischer NS-Tradition jedoch vom „Heldengedenken“ sprechen. Und so versuchten in Friedland etwa 25 Rechte an einer Gedenkveranstaltung teilzunehmen und einen Kranz niederzulegen, wurden von der Po-

## Siedeln mit historischem Bewusstsein

**Auf den ersten Blick wirken sie wie viele andere „AussteigerInnen“, die ihr Glück auf dem flachen Land suchen: alternativen Lebensentwürfen verbunden und ökologisch orientiert. Doch der erste Eindruck täuscht: Die sich da in den Landkreisen Güstrow und Nordwestmecklenburg niedergelassen haben, sind keineswegs so harmlos, wie sie sich selbst gerne geben. Ihre politische Heimat haben sie im völkischen Milieu der rechten Szene.**

### Das „Konzept Koppelow“

Als eine „organisch wachsende Siedlung kulturbewusster Menschen im Herzen Deutschlands“ beschreiben die jungen Leute um Ulrich Damm ihre Zielsetzung in dem „Konzept“, das sie im Jahr 1992 beim Bundestreffen des FREUNDESKREISES DER ARTAMANEN vorstellen. Den passenden Ort für ihre völkische Dorfgemeinschaft haben sie auch schon gefunden: Das Dorf Koppelow unweit von Krakow am See. Denn hier betrieben ihre historischen Vorbilder, die Artamanen, ihr größtes Siedlungsprojekt. Die in den 1920er Jahren aufkommende Artambewegung hatte ihre Wurzeln im völkisch-nationalistischen Teil der Bündischen Jugend, die sich aus der Wandervogelbewegung der Vorkriegszeit entwickelt hatte. In diesem Milieu ging Naturromantik und Pfadfindertum mit Nationalismus, Antisemitismus und der Pflege „nordischer Bräuche“ einher. Die Artamanen hatten ihre „Blut und Boden“-Ideologie nicht nur verinnerlicht, sie wollten sie auch praktisch werden lassen und siedelten bevorzugt in den damaligen Ostprovinzen. Für ihre Ideen begeisterten sich auch NS-Größen wie Heinrich Himmler oder der spätere Auschwitzkommandant Höß.

Die neuen Siedler von Koppelow entstammen Organisationen wie dem FREIBUND - BUND HEIMATTREUER JUGEND, der sich ebenfalls in der Tradition der Bündischen Jugend sieht. Der FREIBUND war lange Zeit eng mit der 1994 verbotenen neonazistischen WIKING-JUGEND verbunden. Ähnlich wie bei der im März verbotenen HEIMATTREUEN DEUTSCHEN JUGEND richtet der FREIBUND sein Augenmerk weniger auf massenhafte Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen als vielmehr auf die Ausbildung und Schulung des eigenen Nachwuchses.

Wer in diesen Kreisen sozialisiert wurde, hat verinnerlicht, dass die Erhaltung der eigenen „Art“ oberstes Gebot ist, und dass die Gemeinschaft mehr zählt als der Einzelne. Ebenso selbstverständlich sind die zentrale Rolle der „Sippe“ und die „naturgegebene“ Rolle der Frau. Die Glorifizierung des „Germanentums“ spiegelt sich in Ritualen wie „Sonnenwendfeiern“ wider, die auch Siedler wie Jan Krauter aus Klaber oder Huwald Fröhlich und Helmut Ernst aus Koppelow praktizieren.

Ansonsten zeigen sie ihre politischen Einstellungen jedoch selten so offen wie Helmut Ernst. Der gelernte Agraringenieur gab bereits 2006 der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME ein Interview und outete sich ein Jahr später als NPDler. Damals war er Sprecher der INITIATIVE GENTECHNIKFREIE REGION NEBEL/KRAKOW AM SEE. In seiner Funktion als Spezialist zum Thema Gentechnik trat er für die NPD Landtagsfraktion im gleichen Jahr während einer Anhörung auf.

Die SiedlerInnen von Koppelow verfügen bereits über mehr als ein halbes Dutzend Höfe und Häuser. Eine andere Gruppe ist wesentlich kleiner und ist den nordwestmecklenburgischen Gemeinden Benz und Neuburg zu finden. (...) \* Diese Familien in den Ortsteilen Ilow und Kalsow orientieren sich eher an der Organisation STURMVOGEL. Diese ebenfalls dem völkischen Milieu zuzurechnende Gruppierung ging 1987 aus der WIKING-JUGEND hervor. Seine Mitglieder bezeichnen sich selbst als „volkstreu eingestellte Deutsche, die erkannt haben, daß wir in der heutigen Zeit nur gemeinsam mit unserer Geisteshaltung bestehen können“. Der STURMVOGEL veranstaltet unter anderem sogenannte „Pimpfenlager“. Eines dieser Lager fand im Jahr 2007 in Brook bei Grevesmühlen statt. Ein Jahr später nutzte der FREIBUND dieses Gelände für sein Som-

merlager. Das organisatorische Rückgrat sind auch beim Sturmvogel die „Sippen“. Sie sorgen für Kontinuität und enge personelle Verflechtungen im völkischen Milieu.

### Der Gegend ihren Stempel aufdrücken

Die SiedlerInnen sind gebildet und arbeiten als Kunstschmied, Architekt, Hebamme, Buchbinderin, Ökobauer oder handeln mit ökologischen Baustoffen. Sie sind in regionale Netzwerke eingebunden. Der Versuch von einzelnen Personen aus der Gruppe in Nordwestmecklenburg, bei der Einrichtung von einem Kindergarten und einer Waldorfschule mitzuwirken, war allerdings erfolglos.

Diese Menschen entsprechen so gar nicht den landläufigen Vorstellungen von der extremen Rechten. Und doch leben sie mit ihren Familien in einer Art völkischer Parallelwelt. Ihre Kinder wachsen in einem Umfeld auf, in denen die Werte einer modernen Gesellschaft wenig zählen und Anglizismen verpönt sind. Für sie steht die Bedeutung der „Sippe“ als „Keimzelle des deutschen Volkes“ ebenso fest, wie die Richtigkeit der neurechten ethnopluralistischen Forderung „jedem Volk seinen Raum“. Kurzfristig wollen sie in Ruhe ihre Strukturen auf- und ausbauen und sich in der Region etablieren. Doch nicht nur das Binnenleben der Sippen, das einzelnen Mitgliedern kaum Raum lässt, ein fortschrittliches Weltbild zu entwickeln, macht diese gefährlich. <br> Im Jahr 2005 schätzte die neurechte Zeitung <i>Junge Freiheit</i> noch ein, dass Zeit vergehen würde, ehe „die Siedler um Koppelow der Gegend ihren Stempel aufdrücken“ können - formulierte damit aber das langfristige Ziel einer Aussenwirkung. Versuche dieses „Aufdrückens“ und damit Versuche der Etablierung ihres kruden Weltbildes und kultureller Dominanz gibt es schon jetzt. Beispielsweise wenn sich die SiedlerInnen von Koppelow für eine freie Grundschule - ausschließlich für deutsche Kinder - engagieren. Damit ließen sie sich ohne Probleme in das neonazistische Konzept der „national befreiten Zonen“ integrieren, auch wenn Gewalt nicht zu ihren Mitteln zählt. Dies sollten sich jene bewusst machen, die in ihnen bis heute die netten Nachbarn sehen und jene als „Nestbeschmutzer“ denunzieren, die dem Treiben der rechten Siedler nicht un widersprochen zusehen wollen.

\*An dieser Stelle wurde in einer früheren Version des Artikels u.a. auf die Person des Benzer Bürgermeisters Elmar Mehdau hingewiesen. Dort konnte der Eindruck entstehen, dass die beschriebenen aktuellen Aktivitäten der SiedlerInnen, speziell in Nordwestmecklenburg, auch Herrn Elmar Mehdau zuzurechnen sind, der bis 1997 Bundesführer des Sturmboten und Herausgeber des Sturmvogel gewesen ist und in Goldebee ein Gutshaus besitzt, das in den 1920er Jahren ein Stützpunkt der Artamanen war. Nach eigenen Angaben ist er seit 1997 nicht mehr Mitglied des Sturmvogel. Dieser Eindruck war nicht beabsichtigt. Insbesondere sollte nicht der Eindruck erweckt werden, dass sich die Aktivitäten (Versuch bei der Einrichtung eines Kindergartens und einer Waldorfschule mitzuwirken) um ihn als Person konzentrieren würden oder die im letzten Abschnitt beschriebenen Eigenschaften der SiedlerInnen (Leben in einer völkischen Parallelwelt etc.) auch auf ihn zutreffen würden. Aus diesem Grunde wurde der Artikel entsprechend korrigiert.

#### Weiterführendes zum Artikel:

„Wer trägt die schwarze Fahne dort...“ - Ein Buch über völkische und neurechte Gruppen [mehr >>>](#)

Deutscher Jugendbund Sturmvogel - ein Profil beim APABIZ [mehr >>>](#)

Rechte Jugendbünde - Ein Blog über völkische und neurechte Gruppen [mehr >>>](#)

Rechte Brutpflege - Artikel zum Sturmvogel in der TAZ vom 07.01.2010 [mehr >>>](#)

Rechte Zeltlager im Verborgenen - Artikel in Die Zeit vom 21.01.2010 [mehr >>>](#)

Polizei auf Wunsch des Veranstalters jedoch daran gehindert. Wie schon in den vergangenen Jahren zog es einen Teil der Szene auch in diesem Jahr zur Kriegsgräberstätte auf den Golm auf der Insel Usedom. Da die Polizei jedoch auch hier einschritt, wichen über 100 Neonazis auf eine Gedenkstätte in der Stadt Usedom aus. Ungestört blieben dagegen die Rechten, die in Stralsund bei Fackelschein einen Kranz niederlegten. Neben der Anwesenheit vereinzelter Neonazis an Gedenkveranstaltungen in Neubrandenburg und Burg Stargard führten offenbar mehr als ein Dutzend Rechte auch ein „Heldengedenken“ am martialischen Ehrenmal in den Teterower Heidbergen durch. Die NATIONALE UND SOZIALE AKTIONSGRUPPE GÜSTROW meldete das Aufstellen von Holzkreuzen in der Innenstadt.

#### Aggressives Konzertende

Am 13. November fand im Raminer Ortsteil Bismark ein nicht angemeldetes Konzert mit etwa 300 Rechten aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg statt. Szeeneinternen Berichten zufolge spielten dort die Bands WIEGE DES SCHICKSALS, LEGION OF THOR, STURMWIEHR und X.x.X. Auf eine Verbotsvorgabe der Polizei vor Ort reagierten die TeilnehmerInnen aggressiv und kamen dieser nur zögernd nach. So konnten sie für 15 Euro Eintritt das Konzert bis kurz vor Mitternacht verfolgen. Bei im Anschluss an das Konzert durchgeführten Polizeikontrollen wurde ein Polizist angegriffen und leicht verletzt.

#### Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die NPD ist auch nach den Wahlen weiter mit Infoständen in der Öffentlichkeit präsent. So z.B. im Oktober in Friedland und Greifswald, im November in Wismar. Die Internetdomain landtagswahlen2011.de sicherte sich der Landesverband schon im August.

## Vielen Dank!

Für die konstruktive und kritische Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedankt sich die LOBBI bei vielen KooperationspartnerInnen.

Private Spenden und die Berücksichtigung bei der Vergabe von Bußgeldern durch die Justiz sind eine wichtige Stütze. Wir sehen dies auch als Anerkennung unserer Arbeit. Auch dafür vielen Dank!

Nicht zuletzt gilt unsere besondere Wertschätzung unseren FreundInnen, Praktikanten und Förderern für ihre Unterstützung.

BERATEN  
STÄRKEN  
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder ZeugInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? Ihre Mitteilung kann helfen den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.


Sie können unsere Arbeit durch Ihre Spende fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

## Opferberatung auf einen Blick

In Rostock sowie den Landkreisen Güstrow und Bad Doberan stellen sich verschiedene Opferunterstützungsprojekte künftig auf einem gemeinsamen Faltblatt vor. Damit soll Betroffenen von Gewalttaten der Zugang zu einem jeweils passenden Beratungsangebot erleichtert werden. Die Flyer werden unter Federführung der FACHBERATUNGSSTELLE GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT auch von der INTERVENTIONSSTELLE GEGEN HÄUSLICHE GEWALT, der OPFERHILFE M-V, dem WEISSEN RING und der LOBBI herausgegeben. Das Projekt wurde vom LANDESRAT FÜR KRIMINALITÄTSVORBEUGUNG gefördert und soll auf weitere Regionen im Land erweitert werden.


## Kritik an Koalitionsplänen

Die neue Regierungskoalition hat angekündigt, die "vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus" künftig „als ‚Extremismusbekämpfungsprogramme‘ unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ weiterzuführen. Diese Änderung stößt bei VertreterInnen aus Politik, Praxis und Wissenschaft auf Widerstand. Sie kritisieren u.a., dass verschiedene Problemlagen in „einen Topf geworfen werden“ und bewerten die dahinter stehende Extremismustheorie als überholt, realitätsfern und „unterkomplex“. Befürchtet werden negative Folgen für den Kampf gegen Neonazis. Eine Stellungnahme aus der Wissenschaft und Verweise zu weiteren Diskussionsbeiträgen sind unter [www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de) zu finden



Landesweite Opferberatung  
Beistand und Information  
für Betroffene rechter Gewalt  
in Mecklenburg-Vorpommern

### Unsere Regionalbüros:




<b>LOBBI West</b> Hermannstraße 35 18055 Rostock Mobil: 0170.528 29 97 Telefon: 0381.200 93 77 Fax: 0381.200 93 78 <a href="mailto:west@lobbi-mv.de">west@lobbi-mv.de</a>	<b>LOBBI Ost</b> Tilly-Schanzen-Strasse 2 17033 Neubrandenburg Mobil: 0160.844 21 89 Telefon: 0395.455 07 18 Fax: 0395.455 07 20 <a href="mailto:ost@lobbi-mv.de">ost@lobbi-mv.de</a>
---	---


**Unser Spendenkonto:**

LOBBI  
Ostseesparkasse Rostock  
Kontonr.: 205040 594  
BLZ: 130 50 000

**LOBBI wird gefördert durch:**



Ministerium für Soziales  
und Gesundheit



kompetent für Demokratie  
Herz für Demokratie gegen Rechtsradikalismus